zeitung der dkp-darmstadt für kranichstein

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Darmstadt

AfD – die Alternative der Reichen und Mächtigen



1/2016

Wahlergebnisse Kranichstein In den Kranichsteiner Wahlbezirken wurde folgendermaßen gewählt:

422 411 9,3% LINKE **7,4% LINKE** 5,4% AfD 9,0% AfD

431 412 6,6% LINKE 7,5% LINKE

12,9% AfD 14,2% AfD

432 421

11,0% LINKE 8,1% LINKE 16,1% AfD 12,2% AfD

Mieterbefragung Wohlfühlzone?

Die Bauverein AG besitzt in Kranichstein rund 700, die GWH etwa 900 Wohnungen. Beide Wohnbaugesellschaften führten eine "Kundenbefragung" durch. In einer gemeinsamen Presseerklärung vermeldeten die beiden größten Kranichsteiner Vermieter das sich drei Viertel aller Mieterinnen und Mieter wohl fühlen.

Es gibt Verbesserungspotential

Als Indiz für die Zufriedenheit ziehen GWH und Bauverein die Höhe der Verweildauer ihrer Mieterinnen und Mieter heran. Rund 40 Prozent (58 Prozent bei der GWH) der Bauverein AG Mieterinnen und Mieter leben schon länger als 10 Jahre in ihrer Wohnung. In Zeiten der Wohnungsknappheit und bei steigenden Mieten eher eine gewagte Schlussfolgerung.

Die Rücklaufquote belief sich auf 11,5 Prozent (8,5 Prozent bei der GWH). Das ist bei solchen Befragungen ein durchaus guter Wert.

Weiter auf Seite 2



Nach der hessischen Kommunalwahlen im März war das Geschrei groß. Vertreter der etablierten Parteien zeigten sich entsetzt über das Abschneiden der AfD. Sie konnten gar nicht verstehen, wieso Wähler von ihnen zur AFD abgewandert sind. Dabei würden sie doch eine tolle Sozialpolitik in Darmstadt machen.

Das Wahlergebnis der AfD zeigt sehr deut-

- Mehr und mehr Menschen sind enttäuscht von der Politik der großen bürgerlichen CDUSPDGrüneFDP-Einheitspartei und haben jedes Vertrauen in deren Versprechungen verloren. Das zeigt die niedrige Wahlbeteiligung, der deutliche Anstieg an Stimmen für linke Parteien und Wählerbündnisse und auch der Zuwachs der AfD
- Viele haben Angst. Angst vor dem sozialen Abstieg, Angst vor einer "Fluchtwelle", Angst vor Kriminalität. Angst, die von den bürgerlichen Parteien geschürt und von der AfD ausgenutzt wird.

Und nun glauben also viele, den Herrschenden in diesem Land mal so richtig einen vor den Bug gesetzt zu haben, indem sie AfD gewählt haben. Und falscher könnten sie da nicht liegen...

Wofür die AfD steht

Außer der Hetze gegen Geflüchtete und Muslime allgemein kann die AfD noch mehr. Sie will die soziale Spaltung in Deutschland noch weiter vorantreiben: Deregulierung, Privatisierung und Marktradikalismus.

Konkret will die AfD

- Das Rentenalter parallel zur allgemeinen Lebenserwartung anheben.
- Die Arbeitslosenversicherung abschaffen
- Gewerbe-, Vermögens- und Erbschaftssteuer abschaffen und alle Steuersätze auf aktuellem Niveau einfrieren

Also weitere Rentenkürzungen und massenhafte Altersarmut. Abstieg in Hartz IV, sobald man den Job verliert. Die AfD will den ohnehin niedrigen Spitzensteuersatz zementieren und und die hohe Mehrwertsteuer beibehalten. Dies ist die Fortführung von sozialem Kahlschlags und finanziellen Ausblutens der Kommunen von CDUSPDGrüneFDP der letzten 20 Jahre.

Die AfD nutzt den Mächtigen

Die AfD ist also die Alternative der Konzerne und Superreichen in diesem Land. Sie will weiter von unten nach oben verteilen. Sie ist genau das, was die Mächtigen brauchen, um die vielen enttäuschten und verängstigten Menschen zu lenken. Statt die Wut gegen die Verantwortlichen für Sozialabbau und Kriegspolitik zu richten, wird sie so gegen die Schwächsten der Gesellschaft abgelenkt.

Ganz ehrlich, ich möchte den Herrschenden mehr als nur einen Denkzettel verpassen. Das klappt an der Wahlurne nur schlecht, schon gar nicht mit einer Stimme für die hetzerische AfD.

Wirklich zu denken geben wir "denen da oben" nur, wenn wir gemeinsam Widerstand leisten.

- In Mieter- und Stadtteilinitiativen gegen Privatisierung, Luxussanierungen und für Sozialwohnungsbau
- In den Gewerkschaften gegen Leiharbeit und Werkverträge, für höhere Löhne, Rente mit 60 und Arbeitszeitverkürzung.
- Auf der Straße gegen Kriegspolitik und Rüstungsexporte.

Und es geht nur gemeinsam: Wir stehen mit den Flüchtlingen auf der gleichen Seite der Barrikade und haben den gleichen Gegner.



Werner Krone gewählt

DKP-Mitglieder haben bekanntlich auf der Liste der Partei Die LINKE in Darmstadt kandidiert. Werner Krone wurde mit 8.517 Stimmen als Stadtverordneter gewählt.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten der DKP erhielten gute Wahlergebnisse.

Unser Stadtverordneter, aber auch alle anderen Kandidatinnen und Kandidaten sind bei unseren regelmässigen Infoständen in Kranichstein vor Ort und ansprechbar.



Auf zum UZ-Pressefest vom 1. - 3. Juli nach Dortmund! Weitere Infos im Internet unter http://pressefest.unsere-zeit.de

kommunisten die kommunisten dkp die dkp die kommunisten Juni/Juli 2015/2016 1/2016

Ehemalige Postwohnungen in Kranichstein Bezahlbarer Wohnraum

Die Situation am Darmstädter Wohnungsmarkt ist prekär. Es fehlt nicht nur an Sozialwohnungen, sondern auch an bezahlbarem Wohnraum. In einigen Stadtteilen hat schon eine regelrechte Verdrängung stattgefunden. Viele müssen wegziehen, können sich die teuren Mieten nicht mehr leisten.

Die Stadt hat ihre städtischen Wohnungen an die Bauverein AG verkauft und dringend notwendigen Handlungsspielraum verschenkt. Öffentliche Flächen werden an Investoren verkauft, die dann dort bauen. Aber Investoren – egal ob Bauverein AG oder sonst ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen – wollen Profite machen.

Es ging auch anders

Unser Stadtteil ist ein gutes Beispiel, das es auch mal anders ging. In der Bartningstraße, Grundstraße oder im Wickopweg gab es lange Jahre Postwohnungen oder Postdarlehenswohnungen. Hier wurde bezahlbarer Wohnraum für Postbeschäftigte geschaffen. In den 60er-Jahren wurden über 500 Wohnungen von der damaligen gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft DAHEIM gebaut, diese Zahl hat sich bis in die 80er – Jahre in Darmstadt (z.B. Pupinweg und in Arheilgen) auf fast 3.000 Wohnungen erhöht.

Der große Postraub

Mit der Privatisierung der Deutschen Bundespost endete diese Entwicklung. Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde mit der Steuerreform 1990 abgeschafft. Mit dem Ende des Hauptgesellschafters Deutsche Bundespost war auch die Förderung billigem Wohnraums für Postbeschäftigte der Garaus gemacht.

Bis zu Beginn der 1990er Jahre befand sich das bundesdeutsche Post- und Fernmeldewesen vollständig in staatlicher Hand. Zum 1. Juli 1989 gliederte die schwarz-gelbe Regierung mit dem Poststrukturgesetz ("Postreform I") die Organisationseinheiten der Post neu; 1994 folgte die "Postreform II", aus der die Deutsche Post AG, die Deutsche Telekom AG und die Postbank AG hervorgingen.

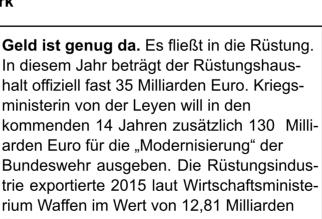
Kurze Zeit später folgte der Gang an die Börse. Alles unter dankbarer Mithilfe von SPD und Grünen.

Die Darmstädter Wohnungen für Postbedienstete wurden 1998 von der DAHEIM (später Wohnbau Rhein-Main) an die Corpus Real Estate Investment verkauft. Der Verkauf wirbelte viel Staub auf, war er doch einer der ersten nennenswerten Großverkäufe ehemals öffentlich geförderter Wohnungen an einen privaten Investor. Von Heuschrecken sprach damals noch niemand. Erwartungsgemäß konnte die Corpus nur einen Teil des Wohnungsbestandes privatisieren. Aber Heuschrecken begnügen sich notfalls auch mit dem Rest der Ernte, wenn der Appetit nur groß genug ist. Später fiel der gesamte gesamte restliche Wohnungsbestand an die Deutsche Annington.

Perspektiven

Dieser kleine Rückblick soll keineswegs nur nostalgische Gefühle bedienen. Früher war nicht alles besser – es sollte uns um das Heute und Morgen gehen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum – auch hier in Kranichstein. Mit Unternehmen, die nur Geld machen wollen geht das nicht. Deshalb muss ernsthaft über eine Rekommunalisierung der Bauverein AG nachgedacht werden. Auf den Prüfstand muss auch die Praxis des Verkaufes städtischer Flächen an Investoren.

Geld ist genug da – es muss allerdings umverteilt und sinnvoll eingesetzt werden. Die DKP hat dazu Vorschläge. rk



Geld ist genug da. Es wird spekulativ gehortet von Reichen und Superreichen. In Deutschland leben 123 Milliardäre und mehr als eine Million Millionäre. Sie besitzen ein Vermögen von 2,4 Billionen Euro. Dieses Geld muss umverteilt werden.

Das gesamte Sofortprogramm gibt es unter www.dkp.de im Internet. Wir schicken es Ihnen auch gerne zu.





Ehemalige Postwohnungen in der Bartningstrasse

Fortsetzung von Seite 1

Der von den Mieterinnen und Mietern gesehene Handlungsbedarf: sanitäre Anlagen, Fenster, Wärmedämmung, Zustand der Treppenhäuser, Erreichbarkeit und mangelhafte E-Mail-Beantwortung, die Parkplatzsituation. Auffällig ist das die Mieterinnen und Mieter der Bauverein AG hier viel unzufriedener sind.

Und nun?

Mitarbeiter der Wohnbaugesellschaften wollen sich vor Ort ein Bild machen. Ein schöner Vorsatz, der sicher auch ohne Kundenbefragung eine sinnvolle Option ist. Vorstand und Geschäftsführung der beiden Wohnbaugesellschaften formulieren die üblichen Plattitüden: Verbesserung des Serviceangebotes, gut funktionierende Mieterkommunikation und die obligatorische Kundenzufriedenheit.

Jeder, der schon einmal eine solche Befragung mitgemacht hat, kann dies übersetzen. Es geht so weiter wie bisher.

Mieterinnen und Mieter bleibt weiterhin nichts anderes übrig als sich zu organisieren. Ein guter Mieterverein bringt wesentlich mehr als die beste "Kundenbefragung".

Übrigens:

Die **DKP Mitgliederversammlungen** sind öffentlich, Gäste gerne gesehen.

Die nächsten Termine:

10.8; 24.8; 7.9; 28.9.2016 immer um 19 Uhr im LinksTreff Georg Fröba, Landgraf-Philipps-Anlage 32 in Darmstadt

Impressum

Der **blickpunkt Kranichstein** wird herausgegeben von der **D**eutschen **K**ommunistischen **P**artei Darmstadt-Bergstraße.

DKP-Darmstadt-Bergstraße

Landgraf-Philipps-Anlage 32 64283 Darmstadt

Tel.: 06151/78 84 07 eMail: info@dkp-darmstadt.de www.dkp-darmstadt.de

V.i.S.d.M.:

Rainer Keil, Heinrich-Fulda-Weg 13, 64289 DA-Kranichstein

Sofortprogramm der DKP

Sofortige Investitionen in öffentliches Eigentum:

- Bau von einer Million Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren mit einer Mietpreisbindung von mindestens 25 Jahren.
- Sofortige Einführung eines Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbots für Wohnraum
- Neubau von 2000 Schulen, 1000 Jugendzentren und 1000 Kindertagesstätten

Ein Investitionsprogramm zur Beseitigung des Sanierungsstaus

- bei Krankenhäusern in Höhe von 4 Milliarden Euro
- bei Schulen in Höhe von 4 Milliarden Euro

die

im Öffentlichen Nahverkehr in Höhe von6 Milliarden Euro

kommunisten

dkp - die kommunisten

kp - die kommunisten